

Einleitung: Der sozialhistorische Hintergrund

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts befand sich die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Deutschland am Scheideweg. Während die programm- und parteiorientierten Organisationsspitzen weiter an der Perspektive der Überwindung des kapitalistischen Systems – in der Konsequenz einer historischen Gesetzmäßigkeit – festhielten, suchten die Gewerkschaftler in der lokalen Wirklichkeit der Betriebe nach Wegen der konkreten Umgestaltung der kapitalistischen Arbeitswelt und der Teilhabe der Arbeiter an einer menschengerechten Entwicklung der Produktionsbedingungen. Dem marxistischen Glauben an die Geschichtsnotwendigkeit des Unterganges des Kapitalismus stand die Hoffnung auf konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebenssituation der proletarischen Bevölkerung gegenüber. Während die einen jeden Schritt der betrieblichen Reform als Verlängerung der Ausbeutung und Unterdrückung werteten, sahen die anderen in der Verbesserung der proletarischen Arbeits- und Lebensbedingungen die Chance auf immer etwas mehr soziale Freiheit als Voraussetzung für die Einflussnahme auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Diese »reformistische« Linie in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat sich dann im 20. Jahrhundert durchgesetzt. Damit knüpfte die deutsche Gewerkschaftsdiskussion auch an die englische Argumentationslinie der »Fabian Socialists« an: Erst die Schaffung sozialer Rechte und sozialer Hintergrundsicherheit erbringt die Voraussetzungen und Spielräume für die soziale Gestaltung der Gesellschaft von den so von der Existenznot befreiten Menschen her. In dieser Tradition stand auch Eduard Heimann.

In dieses letzte Drittel des 19. Jahrhunderts fällt auch der Beginn der systematischen wissenschaftlichen Fundierung der Sozialpolitik in Deutschland. Werner Sombart (1904), einer der Begründer der wissenschaftlichen Sozialpolitik, machte deutlich, dass sowohl die wirtschaftliche als auch die soziale Entwicklung in der industriekapitalistischen Moderne einer regulierenden Sozialpolitik bedarf. Sombart setzte seine Hoffnung auf ein Wirtschafts- und Sozialsystem, das die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung miteinander versöhnen sollte. Gleichzeitig erkannte er die Arbeiterbewegung als jene soziale Bewegung, deren Ziele und Aufgaben aus den Widersprüchen der industriekapitalistischen Gesellschaft erwachsen. Die Arbeiterbewegung war für ihn das Modellbeispiel für soziale Integrationsprozesse im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft.

Gleichzeitig wurden die ersten großen empirischen Untersuchungen zur sozialen Lage der Bevölkerung in Deutschland durchgeführt, die zeigten, dass die industrielle Entwicklung eben nicht automatisch zu Reichtum und Gerechtigkeit, sondern umgekehrt zu sozialer Ungerechtigkeit und starker sozialer Ungleichheit führt. Zudem konnten sie aufzeigen, dass diese Entwicklung durch Staatsintervention beeinflusst und im Zusammenspiel mit den sozialen Gerechtigkeits- und Gleichheitsideen der Arbeiterbewegung zu einer sozialen und institutionellen Veränderung des Kapitalismus führen konnte. Damit war die Sozialpolitik als Politik der Regulierung des Kapitalismus geboren. Dies verlief in den damaligen europäischen Nationalstaaten unterschiedlich. Gemeinsam an dieser Entwicklung aber war, dass der Staat im 19. Jahrhundert eine zunehmende Bedeutung im industriellen Vergesellschaftungsprozess der europäischen Länder erhielt.

Später, in der Zeit der Weimarer Republik, waren es neben dem Demokratisierungsprozess vor allem der technisch-ökonomische Strukturwandel und die damit verbundenen Vergesellschaftungsprozesse hin zur Konsumgesellschaft, welche der deutschen Sozialpolitik ein neues Gesicht gaben. Während im Kaiserreich die institutionellen Grundlagen der Sozialpolitik geschaffen wurden, entwickelte sich in den 1920er Jahren eine wohlfahrtsstaatliche Struktur, wie sie bis heute die Bundesrepublik Deutschland prägt. Ebenso wie die Demokratisierung den

Sozialstaat gesellschaftlich erweitert und wohlfahrtlich aufgeladen hat (gesellschaftliche Beteiligung auch der nichtproduktiven Bürger, wie z.B. der Armen), hat der technisch-ökonomische Strukturwandel der Weimarer Industriegesellschaft den Staat zum zentralen gesellschaftlichen Regulativ gemacht. Diese erweiterte regulative Macht des Sozialstaates ging nun über die des Bismarckschen Staates hinaus. Mit der Demokratisierung wurde der Staat legitimationsabhängig, und mit den sich in der zweiten industriellen Revolution entwickelnden fordistischen Strukturen einer Konsumgesellschaft trat der gesellschaftliche Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zurück, die Ansprüche der Bürger*innen richteten sich nun stärker auf den Sozialstaat, wurden nicht mehr als Klassenkonflikte ausgetragen.

In diese Zeit der Weimarer Republik fällt das damals bekannte Hauptwerk von Eduard Heimann, die »Soziale Theorie des Kapitalismus« (1929). Es ist historisch auf die oben beschriebene Epoche des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts bezogen, aber im Geiste der Auseinandersetzung um eine sozialistische Gestaltung der Gesellschaft in den 1920er Jahren geschrieben. Es ist die Suche nach einem reformsozialistischen »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Dieses Buch hat die wissenschaftliche Diskussion zur Sozialpolitik in der Weimarer Zeit »am nachhaltigsten« beeinflusst. »Damit war die Sozialpolitik in unmittelbarem Zusammenhang mit dem politischen Streben der sozialistischen Arbeiterschaft, zugleich aber auch mit der Produktionspolitik im Kapitalismus gebracht. Wirtschafts- und Sozialpolitik waren dynamisch zu einer entwicklungsgeschichtlichen Linie verbunden worden.« (Preller 1949: 218)

